

Abbau des Kantonsrats NEIN!



**Ka t n
St. Ga l n**

**Regionen
schwächen?**

**Abbau des Kantonsrats
NEIN** am 11. März

www.cvp-sg.ch Besser für unser Land. 



**Ka t n
St. Ga l n**

**Jugend
ausschliessen?**

**Abbau des Kantonsrats
NEIN** am 11. März

www.jcvp-sg.ch Die Zukunft beginnt jetzt. 

Das Wichtigste auf einen Blick

Wir sagen **NEIN** zur Initiative für einen Abbau des Kantonsrats, weil sie...

- die **Vertretung der Regionen** im kantonalen Parlament **schwächt** und damit den **Zusammenhalt** im Kanton **gefährdet**.
- die **Jugendlichen** aus dem Kantonsrat **ausschliesst**.
- **Mehrkosten** statt Einsparungen bringt.

St.Gallen, 15. Februar 2007
Argu_korr-def_070215_MK.doc

Zehn Argumente gegen die Initiative – Kurzfassung

- 1. Schwächung der Regionen-Vertretung – Zusammenhalt im Kanton gefährdet**
- 2. Rat der Interessenvertreter und Staatsangestellten – Bevölkerung nicht mehr ausgewogen vertreten**
- 3. Mangelnde politische Repräsentativität – Vertretung nicht mehr gewährleistet**
- 4. Benachteiligung der kleinen Parteien – Minderheiten diskriminiert**
- 5. Jugend ausgeschlossen – Zutritt für unter 40-jährige erschwert**
- 6. Unbekanntere Kandidierende ohne Wahlchancen – Zutritt für Quereinsteiger erschwert**
- 7. Gleiche Arbeit für einen Drittel weniger Leute – Grenze der Belastbarkeit überschritten**
- 8. „Verbürokratisierung“ garantiert – Entwicklung vom Miliz- zum Berufsparlament vorgespurt**
- 9. Abbau an Demokratie und Bürgernähe – Zunahme des politischen Desinteresses absehbar**
- 10. Grosse Parlamentsreform unumgänglich – Mehrkosten statt Einsparungen programmiert**

Die Ausgangslage

Der St.Galler Kantonsrat gehört erwiesenermassen zu den günstigsten und effizientesten Kantonsparlamenten in der Schweiz. Dennoch wurde in den letzten Jahren zweimal ausgiebig über eine Reduktion der Zahl der Ratsmitglieder von 180 auf 120 diskutiert: zuerst bei der Gesamtrevision der Kantonsverfassung, dann im Nachgang zum Sparmassnahmen-Paket 2004. Beide Male wurde die Reduktion von Regierung und Parlament deutlich verworfen. Nun soll mit einer Initiative erzwungen werden, dass ein Drittel der Stühle im Ratsaal künftig leer bleiben.

Der Kanton St.Gallen ist als Ringkanton und mit seinen zahlreichen verschiedenen Regionen einzigartig in der Schweiz. St.Gallen ist zwar Kantonshauptstadt, liegt aber nicht zentral. Gerade in einem so vielfältigen und regional so unterschiedlichen Kanton ist es umso wichtiger, dass die verschiedenen Regionen und Gemeinden mit ihren Anliegen im Kantonsparlament angemessen vertreten sind.

Zehn Argumente gegen die Initiative

1. Schwächung der Regionen-Vertretung – Zusammenhalt im Kanton gefährdet

Würde der Kantonsrat um einen Drittel reduziert, würden die Wahlregionen ihre angemessene Vertretung im Kantonsrat verlieren. Das würde den Zentralismus fördern und den Zusammenhalt im Kanton gefährden. Die ländlichen Regionen würden das Stadt-Land-Gefälle noch schmerzlicher wahrnehmen. Gegenseitige Blockaden liessen nicht lange auf sich warten.

2. Rat der Interessenvertreter und Staatsangestellten – Bevölkerung nicht mehr ausgewogen vertreten

Mit der höheren Belastung würde die im Parlament vertretene berufliche Vielfalt schrumpfen: Ein derart intensives Miliz-Mandat könnten sich nur noch bezahlte Interessenvertreter oder Staats- und Verwaltungsangestellte leisten, die dafür freigestellt werden. Personen in Angestelltenverhältnissen mit wenig zeitlicher Flexibilität, aber auch Selbstständigerwerbende würden ausgeschlossen. Kandidatinnen und Kandidaten für eine Wahl in den Kantonsrat zu finden, würde ungleich schwerer als heute. Eine ausgewogene Vertretung der politischen Ausrichtungen, der Berufe, Konfessionen und Altersgruppen wäre nicht mehr gewährleistet.

3. Mangelnde politische Repräsentativität – Vertretung nicht mehr gewährleistet

Die 180 St.Galler Kantonsrätinnen und Kantonsräte vertreten jede und jeder rund 2500 Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons. In einem geschrumpften Rat kämen auf jedes Mitglied fast 4000. Schon heute liegt der Kanton St.Gallen in diesem interkantonalen Vergleich nur auf dem 18. Platz. Gerade im Ringkanton St.Gallen sind Bürgernähe und eine repräsentative Vertretung der Bevölkerung unabdingbar.

4. Benachteiligung der kleinen Parteien – Minderheiten diskriminiert

Die kleinen und kleinsten Wahlkreise könnten noch weniger Vertreterinnen und Vertreter nach St.Gallen schicken. Dadurch würden vor allem kleine Parteien benachteiligt. Diese sind schon heute schwach vertreten. Sie hätten kaum mehr eine Chance, Sitze im Kantonsrat zu erobern, und würden recht eigentlich diskriminiert.

5. *Jugend ausgeschlossen – Zutritt für unter 40-jährige erschwert*

Die Wahlchancen für junge Kandidierende würden bei einem Drittel weniger Parlamentssitzen noch geringer – und das, wo die junge Generation heute schon längst nicht ihrer Bedeutung entsprechend im Kantonsrat vertreten ist. Die berechtigten Anliegen der Jugend fänden noch weniger Gehör.

6. *Unbekanntere Kandidierende ohne Wahlchancen – Zutritt für Quereinsteiger erschwert*

Dasselbe gilt für Quereinsteiger oder weniger bekannte Kandidierende: In den Kantonsrat gewählt würden nur noch Personen, die in der Öffentlichkeit bereits weit herum bekannt sind. Die Folge: Die politische „Blutaufrischung“ würde beträchtlich erschwert.

7. *Gleiche Arbeit für einen Drittel weniger Leute – Grenze der Belastbarkeit überschritten*

Bereits heute ist die zeitliche Belastung der Parlamentsmitglieder hoch. Neben ihrer hauptberuflichen Arbeit investieren sie viel Zeit in Aktenstudium, Kommissionsarbeit, die eigentliche Ratsarbeit und Repräsentationsaufgaben. Heute leisten die Kantonsrätinnen und Kantonsräte rund 30 Arbeitstage pro Jahr im Rat und in Kommissionen. Sie werden dafür mit 250 Franken pro Tag entschädigt. Die Zahl der Geschäfte wird mit einer Reduktion des Rats nicht abnehmen. Die Arbeit wird auf weniger Schultern verteilt. Jedes einzelne Ratsmitglied wäre dann bis zu 50% mehr in Rat und Kommissionen engagiert. Die Folgen: Die Fluktuation im Rat nimmt zu, die Kontinuität wird geschwächt, Erfahrung und wertvolles Expertenwissen gehen verloren.

8. *„Verbürokratisierung“ garantiert – Entwicklung vom Miliz- zum Berufsparlament vorgespurt*

Die höhere Belastung pro Ratsmitglied würde über kurz oder lang eine tiefgreifende, umfassende Parlamentsreform unausweichlich machen. Das Parlament würde gegenüber Verwaltung und Regierung entscheidend an Gewicht verlieren. Letztlich führt die höhere Belastung hin zu einem Berufsparlament.

9. *Abbau an Demokratie und Bürgernähe – Zunahme des politischen Desinteresses absehbar*

Ein Rats-Abbau wäre auch ganz direkt ein Demokratie-Abbau: Es würden nochmals weniger Personen aktiv in der politischen Gestaltung unseres Kantons mitwirken. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind auch Vermittler und „Botschafter“ zwischen der Politik und der Bevölkerung. In einem geschrumpften Parlament müsste jedes einzelne Ratsmitglied mehr Kommissions Sitzungen und Aktenstudium bewältigen. Die Folge: Jedem einzelnen bliebe entsprechend weniger Zeit für Besuche vor Ort in den Regionen, für Kontakte und Gespräche mit der Bevölkerung. Damit würde der Politikverdrossenheit und dem Desinteresse Vorschub geleistet.

10. *Grosse Parlamentsreform unumgänglich – Mehrkosten statt Einsparungen programmiert*

Im heutigen, sehr schlanken St.Galler Ratsbetrieb unterstützt die Staatskanzlei mit wenig Personal das Parlament hoch effizient. Wenn weniger Kantonsrätinnen und Kantonsräte dieselbe Arbeit wie heute ebenso effizient verrichten sollen, brauchen sie zwingend grössere Unterstützung durch einen grösseren Parlamentsdienst. Ein geschrumpftes Parlament müsste zwingend mit mehr ständigen Kommissionen arbeiten, die durch ausgebaute Ratssekretariate unterstützt werden müssten. Zugleich müsste die höhere zeitliche Belastung der Kantonsrätinnen und Kantonsräte durch höhere Entschädigungen abgegolten werden. Die Folge wären beträchtliche jährliche Mehrkosten. Im Kanton Aargau, der sein Parlament von 200 auf 140 Mitglieder „gestutzt“ hat, sind es z.B. allein für 2007 rund 700'000 Franken.

Das Beispiel des Kantons Aargau

Der Kanton Aargau hat sein Parlament im Jahr 2005 von 200 auf 140 Mitglieder verkleinert. Im gleichen Zug musste er jedoch seinen Parlamentsdienst massiv ausbauen. Der Ratsbetrieb wurde „professionalisiert“. Heute wenden die Ratsmitglieder mit der Kommissionsarbeit Zeit in der Grössenordnung von bis zu 40 Stellenprozenten für die Ratsarbeit auf. Die Entschädigungen an die Ratsmitglieder für die Kommissionsarbeit mussten signifikant erhöht werden. Fazit: 500 Stellenprozent mehr in der Verwaltung und erhebliche jährliche Mehrkosten. Allein für 2007 sind rund 700'000 Franken Mehrkosten budgetiert.